

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <https://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:161397-2019:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Duisburg: Brücke
2019/S 069-161397**

Auftragsbekanntmachung

Bauftrag

Legal Basis:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name und Adressen

Stadt Duisburg - Amt für Stadtentwicklung und Projektmanagement
Friedrich-Albert-Lange-Platz 7
Duisburg
47049
Deutschland
Telefon: +49 203283-3562
E-Mail: u.grupe@stadt-duisburg.de
Fax: +49 203283-3666
NUTS-Code: DEA12

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <http://www.duisburg.de>

I.2) Informationen zur gemeinsamen Beschaffung

I.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.vergabe.metropoleruhr.de/VMPSatellite/notice/CXPSYDBY3B6/documents>
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.vergabe.metropoleruhr.de/VMPSatellite/notice/CXPSYDBY3B6>

I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) Umfang der Beschaffung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:

2019-0105 Abbruch u. Errichtung Ruhr-, Hafenkanal- u. Kaiserhafenbrücke /-damm
Referenznummer der Bekanntmachung: 2019-0105 Stadt Duisburg - Amt für Stadtentwicklung und Projektmanagement

II.1.2) CPV-Code Hauptteil

44212100

II.1.3) Art des Auftrags

Bauftrag

II.1.4) **Kurze Beschreibung:**

Errichtung der Ruhr-, Hafenkanalbrücke und Vormontagefläche sowie Abbruch der Kaiserhafenbrücke und Errichtung des Kaiserhafendamms im Rahmen der Erneuerung des Oberbürgermeister-Karl-Lehr-Brückenzuges, 2. Bauabschnitt.

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) **Beschreibung**

II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**

45221110
45221115
44212227
45111100
45112000
45262300
45223500

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DEA12

Hauptort der Ausführung:

Oberbürgermeister-Karl-Lehr-Brückenzug Ruhrorter Str. Duisburg

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Die Erneuerung des Oberbürgermeister-Karl-Lehr-Brückenzuges umfasst im 2. Bauabschnitt den Ausbau der Ruhrorter Straße vom nördlichen Widerlager der Kaiserhafenbrücke bis einschl. Knoten Kaßlerfeld und wird insgesamt in 4 getrennten Paketen ausgeschrieben.

Das Paket 1 beinhaltet in Form von zwei Losen, die allerdings zeitlich versetzt in getrennten Verfahren ausgeschrieben werden, den Abbruch und die Errichtung der Ruhr- und der Hafenkanalbrücke sowie den Abbruch der Kaiserhafenbrücke und die Errichtung des Kaiserhafendamms. Die bestehende Ruhr- und die Hafenkanalbrücke sollen durch zwei neue Strombrücken ersetzt werden. Die Kaiserhafenbrücke wird hingegen abgerissen und hierfür ein neuer Damm errichtet.

Gegenstand des vorliegenden Vergabeverfahrens ist das Paket 1 "Ruhr-/Hafenkanal u. Kaiserhafenbrücke/-damm", hiervon jedoch nur das Los 1 "Errichtung Ruhr-, Hafenkanalbrücke und Vormontagefläche sowie Abbruch Kaiserhafenbrücke und Errichtung Kaiserhafendamm".

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Technischer Wert / Gewichtung: 30

Preis - Gewichtung: 70

II.2.6) **Geschätzter Wert**

II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Laufzeit in Monaten: 57

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) **Angaben zu Optionen**

Optionen: nein

II.2.12) **Angaben zu elektronischen Katalogen**

II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) **Teilnahmebedingungen**

III.1.1) **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Die gesamten im Folgenden aufgeführten Eignungskriterien (Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung, Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit, Technische und berufliche Leistungsfähigkeit) befinden sich mit den geforderten Nachweisen über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. § 6e EU VOB/A und für den Fall, dass Kapazitäten anderer Unternehmen/Bietergemeinschaften gem. 6d EU VOB/A in Anspruch genommen werden, und mit Hinweisen zu den zugehörigen Formblättern ebenso nochmal zusammengefasst im Dokument "Vergabebedingungen" der Vergabeunterlagen.

Eigenerklärung zur Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister oder der Handwerksrolle des Sitzes oder Wohnsitzes (§ 6a EU Nr. 1 VOB/A). Sofern das Angebot in die engere Wahl kommt, ist diese durch den Nachweis der Gewerbebeanmeldung, der Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister oder der Handwerksrolle zu ersetzen (§ 6b EU Abs. 1 Nr. 2 VOB/A).

— Formblatt F1

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Die folgende Auflistung und Beschreibung der Eignungskriterien enthält bereits die jeweils geforderten Mindeststandards!

a) Eigenerklärung über den jährlichen allgemeinen Gesamtumsatz (mind. 100 Mio. EUR/Jahr) des Unternehmens bezogen auf die letzten drei Geschäftsjahre (§ 6a EU Nr. 2c VOB/A). Sofern das Angebot in die engere Wahl kommt, kann die AG verlangen, diese durch eine Bestätigung eines vereidigten Wirtschaftsprüfers/ Steuerberaters oder entsprechend testierte Jahresabschlüsse oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen zu ersetzen (§ 6b EU Abs. 1 Nr. 2 VOB/A).

— Formblatt F2

b) Eigenerklärung über den jährlichen spezifischen Umsatz (mind. 30 Mio. EUR/Jahr) des Unternehmens bezogen auf Projekte, die mit den vorliegenden strukturell vergleichbar sind, und die letzten drei Geschäftsjahre (§ 6a EU Nr. 2c VOB/A). Sofern das Angebot in die engere Wahl kommt, kann die AG verlangen, diese durch eine Bestätigung eines vereidigten Wirtschaftsprüfers/ Steuerberaters oder entsprechend testierte Jahresabschlüsse oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen zu ersetzen (§ 6b EU Abs. 1 Nr. 2 VOB/A).

— Formblatt F2

c) Eigenerklärung zu einer Berufshaftpflichtversicherung mit Mindestdeckungssumme für Personen- und Sachschäden und für Vermögensschäden i.H.v. jeweils EUR 10 Mio. (§ 6a EU Nr. 2a VOB/A). Sofern das Angebot in die engere Wahl kommt, ist diese durch die Kopie der Versicherungspolice oder Bestätigung der

Versicherungsgesellschaft, dass für den Fall der Auftragserteilung eine solche abgeschlossen wird, zu ersetzen (§ 6b EU Abs. 1 Nr. 2 VOB/A).

— Formblatt F3

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Siehe unter Nr. III.1.2) "Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien"

III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Die folgende Auflistung und Beschreibung der Eignungskriterien enthält bereits die jeweils geforderten Mindeststandards!

a) Benennung und Beschreibung der erbrachten vergleichbaren Bauleistungen mit Angabe des Rechnungswertes, der Leistungszeit, der Auftraggeberin, eines Ansprechpartners inkl. Telefonnummer, E-Mail-Adresse und Funktionsbezeichnung. Für die wichtigsten Bauleistungen behält sich die Auftraggeberin vor Nachweise über die ordnungsgemäße Ausführung und das Ergebnis durch Bescheinigungen der entsprechenden Auftraggeberin einzufordern (§ 6a EU Nr. 3a VOB/A).

Die vergleichbaren Bauleistungen müssen mindestens die folgenden Leistungen enthalten haben bzw. die folgenden Kriterien erfüllen:

1. Fertigung von Stahlbrücken mit einer Stützweite $\geq 50\text{m}$ (mind. 3 Stück in den letzten 10 Jahren)
2. Herstellung von Unterbauten an/ in Gewässern mit wechselnden Wasserständen (mind. 3 Stück in den letzten 10 Jahren)
3. Verbau von Gründungspfählen mit Bohrpfahldurchmessern $\geq 1,2\text{m}$ und Bohrpfahllängen $\geq 10\text{m}$ (mind. 3 Stück in den letzten 10 Jahren)
4. Verbau überschnittener Bohrpfähle mit Bohrpfahldurchmessern $\geq 1,2\text{m}$ (mind. 1 Stück in den letzten 10 Jahren)
5. Einschwimmen an Land vormontierter Brücken mit einer Stützweite $\geq 50\text{m}$ (mind. 1 Stück in den letzten 10 Jahren)
6. Querverschub von Brücken mit einer Stützweite $\geq 50\text{m}$, ausgenommen Fußgängerbrücken (mind. 2 Stück in den letzten 10 Jahren)

Um einen ausreichenden Wettbewerb sicherzustellen, werden vorliegend aufgrund der Komplexität und des Umfangs der gegenständlichen Leistungen des Los 1 unter den zuvor genannten Kriterien Nrn. 1 - 6 auch einschlägige Bauleistungen aus den letzten 10 Jahren berücksichtigt. Eine Pflicht zur Vorlage von Referenzen, die länger als fünf Jahre zurückliegen, wird hiermit jedoch nicht begründet.

Aus der Beschreibung der Referenzen muss zumindest hervorgehen, dass die o.g. Kriterien erfüllt werden.

— Formblatt F4

b) Erklärung über die in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen und mit gesondert ausgewiesenem technischen Leitungspersonal (§ 6a EU Nr. 3g VOB/A).

— Formblatt F5

c) Angabe der technischen Fachkräfte oder der technischen Stellen, unabhängig davon, ob sie ihrem Unternehmen angehören oder nicht, und zwar insbesondere derjenigen, die mit der Qualitätskontrolle beauftragt sind, und derjenigen, über die das Unternehmen für die Erbringung der Bauleistung verfügt (§ 6a EU Nr. 3b VOB/A).

d) Erklärung, dass fachlich qualifiziertes Personal für die Durchführung der Bauleistung und für die Leitung und Aufsicht verfügbar ist. Es sind mindestens 10 Jahre Berufserfahrung des Bauleiters in vergleichbaren Bauleistungen anhand eines Lebenslaufs nachzuweisen (§ 6a EU Nr. 3e VOB/A).

e) Erklärung der Bieterin zum Nachunternehmereinsatz, d.h. welche Teile des Auftrags unter Umständen als Unteraufträge vergeben werden sollen (§ 6a EU Nr. 3i VOB/A).

— Formblatt F6

f) Erklärung, aus der hervorgeht, über welche Ausstattung, welche Geräte und welche technische Ausrüstung das Unternehmen für die Erbringung der Bauleistung verfügt (§ 6a EU Nr. 3h VOB/A).

g) Beschreibung der technischen Ausrüstung und Maßnahmen des Unternehmens zur Qualitätssicherung und seiner Untersuchungs- und Forschungsmöglichkeiten (§ 6a EU Nr. 3c VOB/A).

h) Angabe der Umweltmanagementmaßnahmen, die der Unternehmer während der Auftragsausführung anwenden wird (§ 6a EU Nr. 3f VOB/A).

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Siehe unter Nr. III.1.3) "Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien"

III.1.5) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen

III.2) Bedingungen für den Auftrag

III.2.2) Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:

Siehe Vergabeunterlagen, insbes. bzgl. Nachweis über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen, Kapazitäten anderer Unternehmen/Bietergemeinschaften, präqualifizierte und nicht präqualifizierte Unternehmen sowie Vollständigkeit der Nachweise und des Angebots.

III.2.3) Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) Beschreibung

IV.1.1) Verfahrensart

Offenes Verfahren

IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.4) Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

IV.1.6) Angaben zur elektronischen Auktion

IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: nein

IV.2) Verwaltungsangaben

IV.2.1) Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren

IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 31/12/2099

Ortszeit: 12:00

IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:

Deutsch

IV.2.6) Bindefrist des Angebots

IV.2.7) Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Tag: 31/12/2099

Ortszeit: 12:00

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

Bekanntmachungs-ID: CXPSYDBY3B6

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer Rheinland - Spruchkörper Düsseldorf

Zeughausstraße 2-10

Köln

Deutschland

Internet-Adresse: <http://www.bezreg-koeln.nrw.de/>

VI.4.2) **Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Im Übrigen sind Verstöße gegen Vergabevorschriften innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen nach Kenntnis gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Ein Nachprüfungsantrag ist innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, bei der zuständigen Vergabekammer zu stellen (§ 160 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)).

Die o.a. Fristen gelten nicht, wenn der Auftraggeber gemäß § 135 Absatz 1 Nr. 2 GWB den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist. Setzt sich ein Auftraggeber über die Unwirksamkeit eines geschlossenen Vertrages hinweg, indem er die Informations- und Wartepflicht missachtet (§ 134 GWB) oder ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist, kann die Unwirksamkeit nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union (§ 135 GWB)

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Vergabekammer Rheinland - Spruchkörper Düsseldorf

Zeughausstraße 2-10

Köln

Deutschland

Internet-Adresse: <http://www.bezreg-koeln.nrw.de/>

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

03/04/2019